



Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Anzeigenpreise im Innenteil: Umfang ganze Seite 360 (Kleinere als viertelseitige Anzeigen sind im III. Teil nicht viergepalte Petitzellen. Mitgliederpreis: Die Zeile zuüßig.) Mehrfarbendrucke nach Vereinbarung. Stellen-M. 0.20, 1/4 S. M. 60.—, 1/2 S. M. 32.—, 3/4 S. M. 17.—, gesuchte 0.15 die Zeile, Chiffre-Gebühr 0.50. Bestellzettel Nichtmitgliederpreis: Die Zeile M. 0.40, 1/4 S. M. 120.—, für Mitgl. u. Nichtmitgl. d. Z. 0.30. Bundst. 20.— Aufschlag. 1/2 S. M. 64.—, 1/4 S. M. 34.—. — **Illustrierter Teil:** Rabatt wird nicht gewährt. Plaghorischriften unverbindlich. Mitglieder: 1 S. (nur ungeteilt) 120.—, Abrige Seiten: Rationierung des Börsenblattraumes, sowie Preissteige- 1/4 S. 105.—, 1/2 S. 58.—, 3/4 S. 30.—, Nichtmitgl. 1 S. (nur unget.) rungen, auch ohne besondere Mitteilung im Einzelfall 240.—, Abrige S.: 1/4 S. 210.—, 1/2 S. 110.—, 3/4 S. 60.—, jederzeit vorbehalten. — Beiderseitiger Erf.-Ort Leipzig. Bank: ADCA, Leipzig — Postsch.-Kto. 13463 — Fernspr.: Sammel-Nr. 70856 — Tel.-Adr.: Buchbörse

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 240 (N. 138).

Leipzig, Dienstag den 13. Oktober 1925.

92. Jahrgang.

Redaktioneller Teil.

Zur Wirtschaftslage.

Von den außenpolitischen Vorgängen abgesehen, hat sich das Hauptinteresse in Kreisen der Wirtschaft in den letzten Wochen fast ausschließlich auf die Preisentwertung der Regierung konzentriert. Über die möglichen Rückwirkungen der Verhandlungen in Locarno auf die allgemeine Wirtschaftslage wird es sich erst zu sprechen verlohnen, wenn ihr Ergebnis einigermaßen übersehbar sein wird. Bei der Preisentwertung der Regierung aber läßt sich schon heute in gewissem Umfang ein Fazit ziehen. Die Regierung hat es selbst getan, indem sie am 30. September eine Mitteilung veröffentlichte, die alles bisher Erreichte und das weiterhin Beabsichtigte zusammenfaßt.

Um das vorwegzunehmen: die Regierungsverlautbarung enthält selbstverständlich zu einem guten Teil noch Zukunftsmusik. Selbst die abgeschlossenen Maßnahmen werden ihre tatsächlichen Wirkungen erst in der nächsten Zeit erkennen lassen können. Vieles ist überhaupt erst nur geplant und beabsichtigt. Man würde aber der Aktion doch unrecht tun, wenn man sie als völlig ergebnislos bezeichnen wollte, wie es teilweise aus parteipolitischen Rücksichten in manchen Kreisen geschieht. Der innerpolitische Kampf um die Zollpolitik drohte in sachlich nicht gerechtfertigter Weise zu einer neuen Lohnbewegung und entsprechenden Preissteigerungen zu führen. Dieser Sturm ist durch das Eingreifen der Regierung tatsächlich beschworen worden. Selbst wenn sie nicht mehr erreicht, wenn also eine nennenswerte weitere Preisentwertung unmöglich werden sollte, wäre der Erfolg schon groß genug und verdiente die Anerkennung aller am Gedeihen unserer Wirtschaft und an der Erhaltung des so unbedingt notwendigen inneren Wirtschaftsfriedens ehrlich interessierten Kreise. Denn nichts bedarf unsere mitten in der Neuordnung und in teilweise schwerstem Umbau begriffene Wirtschaft mehr als Ruhe und Stetigkeit der Arbeitsbedingungen; nichts ist ihr gefährlicher als willkürliche Gewalttaten und künstliche Fieberkrise.

Die Reichsregierung hat sich bisher klug und geschickterweise von jedem Rückfall in Zwangswirtschaft freigehalten. Ihr Vorgehen umfaßt einmal Maßnahmen in ihrem eigensten Bereich, die indirekt durch die damit erreichten Erleichterungen der Wirtschaft Preisermäßigungen ermöglichen sollen. Dabei führt sie selber an erster Stelle die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1% an. Sie kann ferner auf die Ermäßigung des Zinsfußes für öffentliche Gelder hinweisen. Außerdem hat sie eine Herabsetzung der Gebührensätze auf verschiedenen Gebieten ins Auge gefaßt. Im gleichen Sinne wirkt sie auf die Regierungen der Länder ein, und damit wird ein weiterer Teil ihrer Maßnahmen berührt, die auf direkterem Wege den Preisabbau fördern sollen. Dazu gehört die Anregung an die Kommunen, die Tarife für Gas, Elektrizität usw. zu ermäßigen. Die Reichseisenbahn hat bereits Frachtherabsetzungen für einige lebenswichtige Artikel ausgesprochen. Endlich sind hier alle die Eingriffe zu nennen, die bei Wirtschaftsverbänden verschiedenster Art Beseitigung der noch aus der Inflationszeit stammenden, die Kalkulation ungünstig beeinflussenden Klauseln über freibleibende Preise, Valutafakturierung usw. forderten. Zum Teil hat die Regierung diese Forderung bereits durchgesetzt, zum Teil sucht sie sie mit Hilfe des

Kartellgerichts zu erzwingen. Gleichzeitig will sie überhaupt die Konkurrenz in der Wirtschaft wieder freier machen. Ihr Interesse richtet sich dabei besonders auf die Preisabreden der Innungen und Handwerkerverbände, des örtlichen Lebensmittelhandels usw. Die Vergabung öffentlicher Aufträge soll die Möglichkeit bieten, hier in manche als Preistreiberei betrachtete Abmachungen Breishe zu legen.

Sucht man die bisherige Auswirkung aller dieser Maßnahmen festzustellen, so richtet sich der Blick natürlich zuerst auf den Lebenshaltungsindez. Er hat sich seit Anfang des Jahres wie folgt entwickelt:

Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
135,6	136,0	136,7	135,5	138,3	143,3	145,0	144,9

Der geringfügige Nachlaß von August zu September fällt natürlich nicht ins Gewicht. Wenn aber die Sozialdemokratie triumphierend auf diesen »Fehl Schlag« der Preisentwertungsaktion hinweist, so ist ihr entgegenzuhalten, daß die Zeit für wirkliche Erfolge doch noch viel zu kurz war. Der Großhandelsindez zeigt schon ein wesentlich anderes Bild. Die auf den Stichtag des 30. September berechnete Großhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 23. September (124,9) um 0,6% auf 124,1 zurückgegangen. Gesunken sind die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Zucker, Speck, Hopfen, Rindshäute, Baumwolle, Benzin und einige Nichteisenmetalle. Höher lagen die Preise für Fleisch, Baumwollgarn, Rohjute und Zink. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 120,0 auf 118,7 oder um 1,1% nachgegeben, während die Industrierstoffe mit 134,2 (Vorwoche 134,3) nahezu unverändert blieben. — Für den Durchschnitt September ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindeziffer von 131,7 im Durchschnitt August auf 125,9. Das ist eine Senkung, die schon mehr ins Gewicht fällt und sich in den Kleinhandelspreisen nunmehr ebenfalls wird auswirken müssen. Allerdings ist zuzugeben, daß die namentlich die landwirtschaftlichen Produkte betreffenden Preisentwertungen weniger das Verdienst der Regierung als die Folge der natürlichen Marktlage sind. Daß dagegen bei den Industrierstoffen die Preislage kaum nennenswerte Veränderungen erfahren hat, ist ebenfalls ein Ausdruck der natürlichen Umstände. Die Preise sind hier vielfach schon auf das Mindestmaß herabgedrückt. Dafür sorgt ja die bedenkliche Geschäftsstille und Absajnot ganz von selbst. Den Maßnahmen der Regierung gegenüber ist auch darauf hinzuweisen, daß z. B. die Herabsetzung der Umsatzsteuer für viele Betriebe durch die im Sommer beschlossene, bis zu 40% gehende Erhöhung der sozialen Lasten mehr als aufgehoben ist. Außerdem wird die Preishöhe ja immer an der Weltmarktpreislage gemessen. Da aber ist zu bedenken, daß wir immer noch mit die höchsten Zinssätze haben und deswegen vielfach Konkurrenzunfähig bleiben. Während die handelsüblichen Zinssätze in England, Holland, der Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Spanien sich zwischen rund 5 und 8% halten, werden für Deutschland 13—14% genannt. Noch höhere Sätze haben in Europa nur Österreich (14—16%), Ungarn (16—18%), Rumänien (17—18%) und Jugoslawien (20%). In Belgien, Frankreich, Italien, Finnland und der Tschechoslowakei